

234329-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden – Generalplanerleistungen, Neubau Quartiershochgarage 1, Quartier Dietenbach

OJ S 67/2026 07/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Freiburg i. Br. - Vergabemanagement

E-Mail: vergabemanagement@freiburg.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Generalplanerleistungen, Neubau Quartiershochgarage 1, Quartier Dietenbach

Beschreibung: Generalplanerleistungen, Neubau Quartiershochgarage 1, Quartier Dietenbach. Gegenstand der Ausschreibung sind Generalplanerleistungen nach HOAI Teil 3, Abschnitt 1, § 33 ff. für den Neubau ein Quartiershochgarage im neuen Stadtteil Dietenbach, 79111 Freiburg. Durchgeführt wird ein zweistufiges Verhandlungsverfahren mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb und Verhandlungsphase gemäß §§ 14, 17 und 73 ff VgV.

Kennung des Verfahrens: 1de35242-7383-425c-aa21-c5961bec1208

Interne Kennung: 2026001502

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Freiburg i.Br.

Postleitzahl: 79111

Land, Gliederung (NUTS): Freiburg im Breisgau, Stadtkreis (DE131)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Die Abgabe des Teilnahmeantrags darf ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform erfolgen. Dafür ist das vollständig ausgefüllte Bewerbungsformular zusammen mit den zugehörigen Anlagen im Vergabeportal hochzuladen. Weitere Unterlagen über die verlangten Erklärungen, Nachweise und Referenzen hinaus sind nicht erwünscht und werden bei der Wertung nicht berücksichtigt. Fragen sind in Textform über das Vergabeportal unter „Bieterkommunikation“ an die Vergabestelle einzureichen. Frist hierzu siehe Nr. 5.1.11. „Auftragsunterlagen - Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen“. Die Fragen werden

in Abhängigkeit von der technischen und/oder (vergabe-)rechtliche Komplexität baldmöglichst beantwortet. Für die Ausarbeitung der Bewerbungsunterlagen werden den Bewerbern keine Kosten erstattet (in Anlehnung an § 77 Absatz 1 VgV). Zur Beschleunigung des Verfahrens kann in der 2. Stufe die gesetzliche Mindestfrist für die Abgabe der Angebote von 25 Kalendertagen auf mindestens 15 Kalendertage verkürzt werden, sofern die eingeladenen Bewerber zustimmen (§ 17 Abs. 6 und 9 VgV). Hierzu erfolgt im Bewerbungsformular unter Nr. 16 eine Abfrage, welche keine Auswirkung auf die Wertung des Teilnahmeantrags hat. Es ist beabsichtigt für die 2. Stufe des Verfahrens insbesondere folgende Unterlagen noch zur Verfügung zu stellen: Mustervertrag über Planungsleistungen mit Preisblattformular.

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 0,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Beschreibung: Für den in Freiburg entstehenden neuen Stadtteil Dietenbach sollen über den Stadtteil verteilt 12 Quartiersgaragen entstehen. Im ersten Bauabschnitt sind 3 dieser Quartiersgaragen verortet. Der Stellplatzschlüssel wird mit 0,5 Kfz je Wohneinheit deutlich niedriger als in vergleichbaren Stadtteilen sein. Die erste Quartiershochgarage (QG1) entsteht im Baublock MU 1.12. Hier sollen sowohl Stellplätze für Bewohner*innen, Gewerbetreibende, Besucher*innen, Car-Sharing und Motorräder auf ca. 375 Stellplätzen untergebracht werden. Um die Mobilitätswende weiter voranzutreiben, ist die Ausstattung eines Teils der Stellplätze mit Ladeinfrastruktur zu berücksichtigen. Neben der Funktion „Parken“ beinhaltet die Hochgarage eine Trafostation. Diese versorgt nicht nur die QG1, sondern vor allem auch den öffentlichen Straßenraum, sowie die privaten Haushalte mit Energie. Für diese Trafostation liegt ein mit dem Versorgungsträger abgestimmtes Planungskonzept vor. Sie soll planerisch in die erste Quartiersgarage integriert werden. Die Trafostation soll zuerst gebaut werden. Anschließend soll (vsl. mit Zeitversatz) der Rest der Hochgarage darauf aufsetzen. Im Vorgriff auf die später zu planenden Quartiersgaragen 2 und 3 im Gebiet des B-Planes „Am Fronholz“, sollen für diese jeweils die Räume der Trafostationen mit geplant und ausgeschrieben werden. Es handelt sich um baugleiche Typen wie in QG 1. Auch hier werden die Räume der Trafostation später in die Garagengebäude integriert. Die Trafostationen aller drei Quartiersgaragen werden, nach einer eigenständigen Generalunternehmerausschreibung (FLB-Trafo), zeitlich vor den Garagengebäuden selbst errichtet. Die Leistung des Generalunternehmers beginnt mit LP4. Für die Lageeinordnung innerhalb der Baufelder erhält der Generalplaner die Angaben vom AG. Die Umsetzung des Projektes soll im Rahmen einer Generalunternehmervergabe erfolgen. Daher umfassen die Planungsleistungen die Vor- und Entwurfsplanung und die Ausarbeitung einer Funktionalausschreibung. Das Vergabeverfahren umfasst Objekt- und Fachplanungsleistungen der Leistungsphasen 1-3 in den Disziplinen Gebäude, Tragwerk, Elektro- und Versorgungstechnik, Freianlagen sowie Fachplanungsleistungen zum Brandschutz und zur Bauakustik / Schallschutz als Gesamtvergabe an einen Generalplaner. Durchgeführt wird ein zweistufiges Verhandlungsverfahren mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb und Verhandlungsphase gemäß §§ 14, 17 und 73 ff VgV für Generalplanerleistungen nach HOAI Teil 3, Abschnitt 1, § 33 ff. Die wichtigsten Merkmale des Verfahrens: Gegenstand der Ausschreibung sind Objektplanungsleistungen der Leistungsphasen 1-3 in den Disziplinen Objekt- und Fachplanungsleistungen der Leistungsphasen 1-3 in den Disziplinen Gebäude, Tragwerk, Elektro- und Versorgungstechnik, Freianlagen sowie Fachplanungsleistungen zum Brandschutz und zur Bauakustik / Schallschutz als Gesamtvergabe an einen Generalplaner nach HOAI 2021 für den Neubau einer Quartiershochgarage im neuen Stadtteil „Dietenbach“ in Freiburg. Ausgangslage:

Freiburg gehört zu den am stärksten wachsenden Städten in Deutschland. Neben einem Geburtenüberschuss hat Freiburg in den letzten Jahren zumeist auch einen positiv wachsenden Wanderungssaldo aufgewiesen. In dem neuen Stadtteil Dietenbach im Westen der Kernstadt sollen rd. 6.900 Wohnungen für über 16.000 Menschen entstehen. Die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum ist wichtigstes Ziel. Die Vermarktung der Grundstücke im neuen Stadtteil hat Anfang des Jahres 2026 begonnen. Ende 2029/Anfang 2030 werden voraussichtlich die ersten Bewohnerinnen und Bewohner einziehen. Für den in Freiburg entstehenden neuen Stadtteil Dietenbach wird ein ambitioniertes Mobilitätskonzept umgesetzt, das ein klimafreundliches Mobilitätsverhalten mit möglichst wenig individuellem Kfz-Verkehr unterstützen und gleichzeitig die Wohnungskosten reduzieren soll. Ein wichtiges Element dieses Konzeptes ist die Reduzierung der zur Verfügung stehenden Kfz-Stellplätze sowie deren räumliche und organisatorische Trennung von den Wohnungen und damit die zentrale Abwicklung des ruhenden Kfz-Verkehrs in 12 (+ ggf. 4 optionalen) über den Stadtteil verteilten Quartiersgaragen. Im ersten Bauabschnitt sind 3 dieser Quartiersgaragen verortet. Der Stellplatzschlüssel wird mit 0,5 Kfz je Wohneinheit deutlich niedriger als in vergleichbaren Stadtteilen sein. Planungsgebiet: Im neuen Stadtteil Dietenbach im Westen der Kernstadt Freiburg im Gebiet des B-Planes „Am Fronholz“. Planungsaufgabe: Für den in Freiburg entstehenden neuen Stadtteil Dietenbach sollen über den Stadtteil verteilt 12 Quartiersgaragen entstehen. Im ersten Bauabschnitt sind 3 dieser Quartiersgaragen verortet. Der Stellplatzschlüssel wird mit 0,5 Kfz je Wohneinheit deutlich niedriger als in vergleichbaren Stadtteilen sein. Die erste Quartiershochgarage (QG1) entsteht im Baublock MU 1.12. Hier sollen sowohl Stellplätze für Bewohner*innen, Gewerbetreibende, Besucher*innen, Car-Sharing und Motorräder auf ca. 375 Stellplätzen untergebracht werden. Um die Mobilitätswende weiter voranzutreiben, ist die Ausstattung eines Teils der Stellplätze mit Ladeinfrastruktur zu berücksichtigen. Neben der Funktion „Parken“ beinhaltet die Hochgarage eine Trafostation. Diese versorgt nicht nur die QG1, sondern vor allem auch den öffentlichen Straßenraum, sowie die privaten Haushalte mit Energie. Für diese Trafostation liegt ein mit dem Versorgungsträger abgestimmtes Planungskonzept vor. Sie soll planerisch in die erste Quartiersgarage integriert werden. Die Trafostation soll zuerst gebaut werden. Anschließend soll (vsl. mit Zeitversatz) der Rest der Hochgarage darauf aufsetzen. Im Vorgriff auf die später zu planenden Quartiersgaragen 2 und 3 im Gebiet des B-Planes „Am Fronholz“, sollen für diese jeweils die Räume der Trafostationen mit geplant und ausgeschrieben werden. Es handelt sich um baugleiche Typen wie in QG 1. Auch hier werden die Räume der Trafostation später in die Garagengebäude integriert. Die Trafostationen aller drei Quartiersgaragen werden, nach einer eigenständigen Generalunternehmerausschreibung (FLB-Trafo), zeitlich vor den Garagengebäuden selbst errichtet. Die Leistung des Generalunternehmers beginnt mit LP4. Für die Lageeinordnung innerhalb der Baufelder erhält der Generalplaner die Angaben vom AG. Grobkostenrahmen: Für das Gesamtprojekt wird seitens der Stadt Freiburg mit einem Kostenrahmen von insgesamt ca. 15,6 Mio. € brutto, Preisstand 1. Quartal 2026 gerechnet, inkl. aller Nebenkosten. Termine - vorläufig Planungsbeginn nach Beauftragung, spätester Baubeginn 12.2028, Baufertigstellung voraussichtlich Mitte 2030 Verfahren Teilnahmewettbewerb und Verhandlungsphase gem. gemäß §§ 14, 17 und 73 ff VgV für Generalplanerleistungen nach HOAI Teil 3, Abschnitt 1, § 33 ff. Das zweistufige Verfahren beinhaltet den öffentlichen Teilnahmewettbewerb (1. Stufe: Auswahlphase) und die Verhandlungsphase (2. Stufe: Angebotsabgabe und Verhandlungsgespräche). Mit Vertragsabschluss werden die Leistungsphasen 1 bis 3 der jeweiligen Leistungsbilder beauftragt. Alle weiteren Fachplanerleistungen wie z.B. Baugrundgutachten und Vermessung werden durch den Bauherrn selbst beauftragt. Die Auftraggeberin sieht die Vergabe der weiteren Planung und Umsetzung nach Leistungsphase 3 nach HOAI an einen Generalunternehmer auf Basis einer funktionalen Ausschreibung („Leistungsbeschreibung mit

Leistungsprogramm“) vor. Der Auftragnehmer übernimmt die Erstellung der Funktionalausschreibung und unterstützt die Auftraggeberin bei der Integration einer weiteren funktionalen Leistungsbeschreibung durch einen Fachplaner hinsichtlich Parkmanagementsystem. Bei Realisierung der Generalunternehmervergabe übernimmt er im weiteren Projektverlauf eine beratende Funktion und Leistungen der Qualitätssicherung. Insbesondere bei der Einreichung der genehmigungsfähigen Planung (Baugenehmigung incl. Entwässerungsgesuch) und der Abstimmung mit der Baurechtsbehörde. Hinweis: im Hinblick auf den notwendigen Projektablauf sind getrennte GU-Vergaben für die Trafostationen (vorgezogene Maßnahme) und die Quartiersgarage notwendig.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Generalplanerleistungen, Neubau Quartiershochgarage 1, Quartier Dietenbach

Beschreibung: Generalplanerleistungen, Neubau Quartiershochgarage 1, Quartier

Dietenbach. Gegenstand der Ausschreibung sind Generalplanerleistungen nach HOAI Teil 3,

Abschnitt 1, § 33 ff. für den Neubau ein Quartiershochgarage im neuen Stadtteil Dietenbach,

79111 Freiburg. Durchgeführt wird ein zweistufiges Verhandlungsverfahren mit öffentlichem

Teilnahmewettbewerb und Verhandlungsphase gemäß §§ 14, 17 und 73 ff VgV.

Interne Kennung: 327145bf-c57f-43cf-9770-21023e93aaf5

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und

Ingenieurbüros und Prüfstellen, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und

Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Freiburg i.Br.

Postleitzahl: 79111

Land, Gliederung (NUTS): Freiburg im Breisgau, Stadtkreis (DE131)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 48 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, welche die Eignungskriterien erfüllen und zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden (gemäß Bewerbungsformular Nr. 14 und 15). Es sollen fünf Büros/ Bewerbungsgemeinschaften für die 2. Stufe des Verfahrens ausgewählt werden. Die Auswahl der 5 Bewerber_innen erfolgt in einem Bewertungsverfahren auf Basis folgender Bewertungskriterien: 1. Referenzen (projektbezogene Erfahrungen) mit 80 % (bzw. 80 Punkte) 2. unternehmensbezogene Leistung (Beschäftigtenzahlen) mit 20 % (bzw. 20 Punkte) prüfen Bestehen bei der Begrenzung der Bewerberhöchstzahl Punktgleichheiten bei der Gesamtpunktzahl, entscheidet zunächst die höhere Punktzahl zu den Referenzen (Wertungskriterium 1), ansonsten erfolgt eine Auslosung entsprechend § 75 Abs. 6 VgV. Angabe von Referenzprojekten zu Planungsleistungen für die Generalplanerleistungen nach HOAI können nicht nachgereicht werden. 1. Wertungskriterium Referenzen (projektbezogene Erfahrungen) jeweils mit 80 % (bzw. jeweils mit 80 Punkten): Es müssen zu allen folgenden Leistungsbereichen Referenzen erbracht werden: A Generalplanung B Gebäudeplanung gemäß §§ 33 ff HOAI C Tragwerksplanung gemäß §§ 49 ff HOAI Leistungsbereich A / Generalplanung a) Referenzprojekt A1 (40%) Mindestanforderungen: • Es handelt sich um einen Neubau Nicht-Wohngebäude • mind. 3 aufeinanderfolgende, selbst erbrachte Leistungsphasen der Leistungsphasen 3 bis 8 nach § 34 HOAI und mindestens 3 aufeinanderfolgende, selbst erbrachte Leistungsphasen 1 bis Leistungsphase 5 nach § 51 Abs. 1 HOAI • Einordnung mindestens Honorarzone III n. HOAI • Baukosten KG 300 / 400: mind. 2,0 Mio. EUR netto • Übergabe (Abschluss LPH 8 (§ 34 HOAI)) an den Nutzer nach dem 01.01.2019 bis 28.02.2026 • Benennung Bauherr/Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner) b) Referenzprojekt A2 (40%) Mindestanforderungen: • Es handelt sich um einen Neubau Nicht-Wohngebäude • mind. 3 aufeinanderfolgende, selbst erbrachte Leistungsphasen der Leistungsphasen 3 bis 8 nach § 34 HOAI • Einordnung mindestens Honorarzone III n. HOAI • Baukosten KG 300 / 400: mind. 2,0 Mio. EUR netto • Übergabe (Abschluss LPH 8 (§ 34 HOAI)) an den Nutzer nach dem 01.01.2019 bis 28.02.2026 • Benennung Bauherr /Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner) Leistungsbereich B / Gebäudeplanung gemäß § 34 HOAI a) Referenzprojekt B1 (30%) Mindestanforderungen: • Es handelt sich um einen Neubau einer Quartiersgarage / Parkdeck / Tiefgarage • Anzahl Stp: z. B. mindestens 100 Stellplätze • mind. 5 aufeinanderfolgende, selbst erbrachte Leistungsphasen der Leistungsphasen 1 bis 8 nach § 34 HOAI • Einordnung mindestens Honorarzone II n. HOAI • Baukosten KG 300 / 400: mind. 2,0 Mio. EUR netto • Übergabe (Abschluss LPH 8 (§ 34 HOAI)) an den Nutzer nach dem 01.0.2019 bis zum 28.02.2026 • Benennung Bauherr/Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner) b) Referenzprojekt B2 (20%) Mindestanforderungen: • Es handelt sich um einen Neubau eines Nicht-Wohngebäudes mit öffentlichem Auftraggeber (als öffentliche Auftraggeber gelten Auftraggeber, die an das Vergaberecht gebunden sind) • Gebäude mit BGF mindestens 750 m² • mind. 5 aufeinanderfolgende, selbst erbrachte Leistungsphasen der Leistungsphasen 1 bis 8 nach § 34 HOAI • Einordnung mindestens Honorarzone III n. HOAI • Baukosten KG 300 / 400: mind. 2,0 Mio. EUR netto • Übergabe (Abschluss LPH 8 (§ 34 HOAI)) an den Nutzer nach dem 01.0.2019 bis zum 28.02.2026 • Benennung Bauherr /Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner) c) Referenzprojekt B3 (10%) Mindestanforderungen: • Es handelt sich um die Durchführung und Betreuung einer GU-Vergabe für einen Neubau • Gebäude mit BGF mindestens 500 m² • Erstellung einer Funktionalausschreibung mit Leitdetails und Bauoberleitung / Qualitätssicherung (Teilleistungen Leistungsphase 8 § 34 HOAI) • Baukosten KG 300 / 400: mind. 2,0 Mio. EUR netto • Übergabe (Abschluss LPH 8 (§ 34 HOAI)) an den Nutzer nach dem 01.0.2019 bis zum 28.02.2026 • Benennung Bauherr/Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner) d) Referenzprojekt B4 (10%) Mindestanforderungen: • Es handelt sich um einen „Wettbewerbserfolg“ – Preise und Anerkennungen • allgemeines Projekt • Zeitraum

Prämierung: nach dem 01.0.2019 bis zum 28.02.2026 e) Referenzprojekt B5 (10%)
 Mindestanforderungen: • Es handelt sich um ein „ausgezeichnetes realisiertes Projekt“ •
 allgemeines Projekt • Zeitraum Prämierung: nach 01.0.2019 bis zum 28.02.2026 • möglich ist
 eine Mehrfachnennung der Referenzprojekte der Kategorie A1 bis A3 Hinweis: als
 „Auszeichnung“ gilt z. B. ein Hugo-Häring-Preis, „Beispielhaftes Bauen“, nicht anerkannt
 werden Zertifizierungen, wie z. B. DGNB Zertifikat Leistungsbereich C Tragwerksplanung
 gemäß §§ 49 ff HOAI a) Referenzprojekt C1 (40%) Mindestanforderungen: • Es handelt sich
 um einen Neubau eines mehrgeschossigen (mind. 3-geschossig) Gebäudes; Ausführung in
 Skelettbauweise mit hohen Vorfertigungsgrad • Gebäude mit BGF mindestens 500 m² • mind.
 3 aufeinanderfolgende, selbst erbrachte Leistungsphasen der Leistungsphasen 1 bis 6 nach §
 51 HOAI • Einordnung mindestens Honorarzone II n. HOAI • Baukosten KG 300 / 400: mind.
 2,0 Mio. EUR netto • Übergabe (Abschluss LPH 8 (§ 34 HOAI)) an den Nutzer nach dem
 01.0.2019 bis zum 28.02.2026 • Benennung Bauherr/Auftraggeber (Anschrift,
 Ansprechpartner) b) Referenzprojekt C2 (40%) Mindestanforderungen: • Es handelt sich um
 einen Neubau eines Nicht-Wohngebäudes mit öffentlichem Auftraggeber (als öffentliche
 Auftraggeber gelten Auftraggeber, die an das Vergaberecht gebunden sind) • Gebäude mit
 BGF mindestens 500 m² • mind. 3 aufeinanderfolgende, selbst erbrachte Leistungsphasen der
 Leistungsphasen 1 bis 6 nach § 51 HOAI • Einordnung mindestens Honorarzone II n. HOAI •
 Baukosten KG 300 / 400: mind. 2,0 Mio. EUR netto • Übergabe (Abschluss LPH 8 (§ 34
 HOAI)) an den Nutzer nach dem 01.0.2019 bis zum 28.02.2026 • Benennung Bauherr
 /Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner) 2. Wertungskriterium - Unternehmensbezogene
 Leistung jeweils mit 20 % (bzw. jeweils mit 20 Punkten): Es müssen zu allen folgenden
 Leistungsbereichen Referenzen erbracht werden: B Gebäudeplanung gemäß §§ 33 ff HOAI C
 Tragwerksplanung gemäß §§ 49 ff HOAI 2.1 Leistungsbereich B / Gebäudeplanung
 Durchschnittliche Anzahl der fachbezogenen Mitarbeitenden (inkl. Unternehmensleitung) im
 Bereich Fachplanung Gebäudeplanung (ohne freie und kaufmännische Mitarbeitende sowie
 Praktikanten und Hilfskräfte) in den Jahren 2023, 2024 und 2025. Weitere Einzelheiten zur
 Bewertungsmethodik können der Anlage „Bewertungsmatrix Leistungsbereich B“ entnommen
 werden. 2.2 Leistungsbereich C / Tragwerksplanung Durchschnittliche Anzahl der
 fachbezogenen Mitarbeitenden (inkl. Unternehmensleitung) im Bereich Fachplanung
 Tragwerksplanung (ohne freie und kaufmännische Mitarbeitende sowie Praktikanten und
 Hilfskräfte) in den Jahren 2023, 2024 und 2025. Weitere Einzelheiten zur Bewertungsmethodik
 können der Anlage „Bewertungsmatrix Leistungsbereich C“ entnommen werden.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis besondere Berufsqualifikation gemäß § 75
 VgV. Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten:

Teilnahmeberechtigt sind natürliche und juristische Personen, die die geforderten fachlichen
 Anforderungen an die Planungsleistung erfüllen. Teilnahmeberechtigt sind Generalplaner und
 entsprechende Bietergemeinschaften. Als Generalplaner wird derjenige bezeichnet, der dem
 Bauherrn als einziger Vertragspartner auf Planerseite gegenübertritt und der sämtliche
 Architektur-, Ingenieur- und Fachplanungen erbringt. Er trägt gegenüber dem Bauherrn die
 alleinige rechtliche Verantwortung für die Planungsleistungen. Als Verantwortliche innerhalb
 der Generalplanung sind Personen zugelassen, die die Berufsqualifikation des Berufs des
 Architekten nach § 75 Abs. 1 VgV oder die Berufsqualifikation des Berufs des beratenden

Ingenieurs oder Ingenieurs nach § 75 Abs. 2 VgV erfüllen. Architekt ist, wer nach dem für die öffentliche Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt ist, die entsprechende Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden. Beratender Ingenieur oder Ingenieur ist, wer nach dem für die öffentliche Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt ist, die entsprechende Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden. Die Qualifikation kann vom Projektteam erfüllt werden oder einer anderen Person des Unternehmens. Bei natürlichen Personen erfüllt die fachlichen Anforderungen, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis für den Bereich Technischen Ausrüstung, Elektroplanung, HLS-Planung verfügt, welcher berechtigt, die entsprechende Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden. Juristische Personen sind zugelassen, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen und wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen benennen, der die zuvor genannten Zulassungsvoraussetzungen erfüllt. Nachweis bei Bewerbern mit Sitz in einem EU-Staat durch Vorlage durch das nach dem Recht des Herkunftsstaates des Bewerbers maßgeblichen Dokuments gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates. Gefordert wird die Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister. Bei Einzelunternehmen, GbR, GmbH, Bewerbergemeinschaft oder andere mit Angabe der Nr. der Eintragung in einem öffentlichen Register und Registergericht oder Genehmigungsbehörde falls zutreffend.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Rangfolge: 1,00

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der öffentliche Teilnahmewettbewerb dient der Auswahl interessierter und geeigneter Bewerber. Die Bewerberauswahl erfolgt nach den in den Vergabeunterlagen festgelegten Eignungs-/ Auswahlkriterien. Der Nachweis der Eignung des Unternehmens bzw. der Bewerbergemeinschaft wird anhand der nachfolgend geforderten Erläuterungen und Nachweise geprüft (gemäß Bewerbungsformular Nr. 1 bis 13). Bei einer Bewerber-/ Bietergemeinschaft gelten diese Erklärungen entsprechend für jedes Mitglied. 1. Angaben zum Bewerber (Name und Rechtsform des Unternehmens, Vertretung, Kontaktdaten). 2. Erklärung zur Zusammensetzung bei einer Bewerber-/Bietergemeinschaft (§ 43 VgV). Die Erklärung kann nicht nachgereicht werden. 3. Erklärung zu vorgesehenen Nachunternehmerleistungen, sofern im Auftragsfall Teile des Auftrags als Unterauftrag an Nachunternehmen vergeben werden sollen (§ 36 VgV). 4. Eigenerklärung zu einer beabsichtigten Eignungsleihe, sofern zum Nachweis der Eignung die Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens in Anspruch genommen wird (§ 47 VgV). Die Erklärung kann nicht nachgereicht werden. 5. Eigenerklärung, dass die Leistungserbringung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt, insbesondere durch wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen und keine Interessen bestehen, die im Widerspruch zur Ausführung des Auftrags stehen oder diese nachteilig beeinflussen könnten (§ 46 Abs. 2 VgV). 6. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§ 123 und § 124 GWB). 7. Eigenerklärung, dass die Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG) erfüllt werden. 8. Eigenerklärung, dass im Rahmen der Auftragsausführung nur Produkte verwendet werden, die unter Beachtung der in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) festgelegten

Mindeststandards hergestellt und/oder verarbeitet wurden. 9. Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktionen der EU gegen russische Unternehmen / Personen / Lieferanten (Auftragsverbot). 10. Erklärung, dass das Unternehmen über den gesamten Leistungszeitraum über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in Höhe von mind. "3,0 Mio." Euro für Personenschäden und mind. "2,0 Mio." Euro für Sachschäden verfügen. Die Schadensersatzleistung muss mindestens das Zweifache der Versicherungssumme pro Jahr betragen (§ 45 Abs.1 Nr. 3 und Abs. 4 Nr. 2 VgV). Es kann auch ein Nachweis der Versicherung vorgelegt werden, dass die Versicherungssumme im Auftragsfall entsprechend den Anforderungen angepasst wird. Bei Bewerber-/ Bietergemeinschaften gilt dieses für jedes Mitglied entsprechend. Eine Eigenerklärung ist nicht ausreichend, es muss eine aktuelle Bescheinigung bzw. Bestätigung der Versicherung (zum Zeitpunkt der Bekanntmachung max. 12 Monate alter) vorgelegt werden. 11. Nachweis besondere Berufsqualifikation (§ 75 VgV). Siehe ausführliche Beschreibung unter dem Kriterium "Relevante Bildungs- und Berufsqualifikation". 12. Angaben zum vorgesehenen Projektteam (§ 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV). Name und Qualifikation der Projektleitung, der Stellvertretenden Projektleitung und der Bauleitung. Als prinzipiell geeignet werden die Personen des genannten Projektteams eingestuft, die folgende Mindestkriterien einhalten: • Diplom, Master, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis für Gebäudeplanungsleistungen nach HOAI §§ 33 ff. • mind. 7 Jahre Berufserfahrung für Planungsleistungen der Gebäudeplanung in der Projektleitung / Bauleitung entsprechend HOAI §§ 33 ff. • mind. 5 Jahre Berufserfahrung für Planungsleistungen der Gebäudeplanung in der stellvertretenden Gesamtprojektleitung entsprechend HOAI §§ 33 ff. 13. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (Eignungsprüfung gemäß § 46 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 VgV). Als prinzipiell geeignet werden Büros / Bewerbergemeinschaften eingestuft, die eine vergleichbare wesentliche Leistung entsprechend den abgefragten Referenzprojekten erbracht haben und die jeweiligen Mindestkriterien erfüllen. Die Vergleichbarkeit wird u.a. bestimmt durch die Komplexität (z.B. Honorarzone), die Funktionsanforderungen, die Größenordnung sowie die sonstigen Rahmenbedingungen. Diese Referenzen dienen der Feststellung der grundsätzlichen Eignung (keine Wertung). Doppelnennungen von Referenzen unter den unterschiedlichen Fragestellungen sind möglich. 13.1=> Eignungsprüfung Büro Planungsleistungen für die Gebäudeplanung innerhalb eines Projektes: Als prinzipiell geeignet wird ein Büro / eine Bewerbergemeinschaft eingestuft, deren Referenz die folgenden Mindestkriterien einhält: - Neubauprojekt mit öffentlichem Auftraggeber (als öffentliche Auftraggeber gelten Auftraggeber, die an das Vergaberecht gebunden sind); - Referenzprojekt mind. in HZ III eingeordnet; - Übergabe an die Nutzenden ab dem 01.01.2019 bis 28.02.2026; - Vergleichbare Größenordnung KG 300 und 400 mind. 2 Mio. Euro netto; - Es wurden mind. die Leistungsphasen 2 bis 6 vollständig selbst erbracht. 13.2=> Eignungsprüfung Gesamtprojektleitung Generalplaner und Gebäudeplanung: Planungsleistungen für die Gebäudeplanung innerhalb eines Projektes. Als prinzipiell geeignet werden als Gesamtprojektleitung Generalplaner eingesetzte Personen eingestuft, die einschlägige Berufserfahrung und mindestens eine vergleichbare wesentliche Referenz erbracht haben. Diese Eignung ist von einer Person aus der Gesamtprojektleitung Generalplaner /stellvertretenden Gesamtprojektleitung Generalplaner (aus 12.) zu erbringen. Mindestanforderung Referenzprojekt Gesamtprojektleitung Generalplaner: - Neubauprojekt allgemein; - Referenzprojekt mind. in HZ III eingeordnet; - Übergabe an die Nutzenden ab dem 01.01.2019 bis 28.02.2026; - Vergleichbare Größenordnung KG 300 und 400 mind. 2 Mio. Euro netto; - es wurden mind. die Leistungsphasen 2 – 6 in der Gesamtprojektleitung Generalplaner selbst erbracht. >> Fortsetzung Nr.14 ff. siehe unten

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Rangfolge: 1,00

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Fortsetzung von oben: Der Auftraggeber behält sich vor, bis zur Zuschlagserteilung Nachweise der zuständigen Stellen zu verlangen, die bestätigen, dass die gemachten Eigenerklärungen wahrheitsgemäß eingereicht worden sind. Akzeptiert wird auch die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE), soweit darin die geforderten Angaben und Nachweise enthalten sind. Bei ausländischen Unternehmen werden gleichwertige Nachweise zugelassen. Der Auftraggeber behält sich vor, für die Bewerber einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister (§ 6 WRegG) sowie dem Handels-/Berufs-/Partnerschaftsregister bei der zuständigen Stelle gemäß den gesetzlichen Bestimmungen anzufordern.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Rangfolge: 1,00

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Auftraggeber behält sich vor, für die Bewerber einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister (§ 6 WRegG) sowie dem Handels-/Berufs-/Partnerschaftsregister bei der zuständigen Stelle gemäß den gesetzlichen Bestimmungen anzufordern.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Rangfolge: 1,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Zuschlags- und Wertungskriterium

Beschreibung: 30 % Honorarangebot – Plausibilität/ Höhe des Honorarangebotes in Relation zum günstigsten Honorarangebot (auf Grundlage des verbindlichen Honorarangebotes).

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Zuschlags- und Wertungskriterium

Beschreibung: 10% Einschätzung der Fachkompetenz der vorgesehenen verantwortlichen Projektmitarbeiter und das Zusammenwirken des Projektteams. 60 % Lösungsvorschlag: die Beurteilung des Lösungsvorschlags erfolgt nach den folgenden Kriterien: Qualität und Umfang der vorgelegten Planung, in Bezug zur gestellten Aufgabe, insbesondere auf die Gestaltung; Angemessenheit, Qualität und Plausibilität des Konzeptes hinsichtlich logischer, klarer Begründung der Entwurfsideen, Funktionalität der Garage, Darstellung der Beziehung der Umgebung und zum Stadtraum (u.a. der Kleinteiligkeit der Wohnbebauung und Ausbildung adressbildender Eingangsbereiche), Einhaltung aller im Steckbrief vorgegebenen inhaltlichen Anforderungen, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit Bewertet werden

Erläuterungen sowie die Qualität der Ausführungen und Antworten auf die in der Vergabeverhandlung besprochenen Fragenkomplexe zum vorgesehenen Projekt.
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 70

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 30/04/2026 12:00:00 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/3d7cb567-ce54-4833-8c4f-3acf7771c434>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/3d7cb567-ce54-4833-8c4f-3acf7771c434>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 08/05/2026 10:00:00 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Antrag auf ein Nachprüfungsverfahren ist nach § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen -GWB- unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber

gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nummer 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt. Auf die grundsätzlichen Regelungen zu Nachprüfungsverfahren in den §§ 155 - 184 GWB wird verwiesen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Freiburg i. Br. - Vergabemanagement

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Regierungspräsidium Karlsruhe

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Freiburg i. Br. - Vergabemanagement

Registrierungsnummer: c46cf5d5-78c4-4fd0-acdc-c8c2a83807bf

Abteilung: Vergabemanagement

Postanschrift: Fehrenbachallee 12

Stadt: Freiburg im Breisgau

Postleitzahl: 79106

Land, Gliederung (NUTS): Freiburg im Breisgau, Stadtkreis (DE131)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabemanagement

E-Mail: vergabemanagement@freiburg.de

Telefon: +49 7612014083

Fax: +49 7612014089

Internetadresse: <https://regionfreiburg.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 4ebcde0c-5e1d-420e-b125-cd0393f8dcda

Abteilung: Vergabekammer

Postanschrift: Kapellenstraße 17

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76131

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammer

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

Internetadresse: <http://www.rp.baden-wuerttemberg.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: d45ba6ea-02c7-4fae-bead-6b95f6f66192 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 02/04/2026 15:24:07 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 234329-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 67/2026

Datum der Veröffentlichung: 07/04/2026